

## **1. Begrüßung**

Liebe Freunde und Mitstreiter, meine Damen und Herren

Zum 10. kommunalpolitischen Ratschlag dürfen wir Sie und euch alle von der Koordinierung ganz herzlich hier in Mülheim begrüßen.

Wir wissen, dass viele von euch in den letzten Wochen viel zu tun hatten, u.a. am frauenpolitischen Ratschlag teilgenommen haben, dass bald die Demonstration in Berlin ist, wo auch viele aktive Kommunalpolitiker teilnehmen werden. Umso mehr freuen wir uns, dass so viele von euch trotzdem gekommen sind. Herzlich willkommen!

Wir haben den Termin des Ratschlags jetzt im Oktober – nach den vielen Ereignissen der letzten Wochen - trotzdem für wichtig angesehen, vor allem im Hinblick auf die Kommunalwahlen 2009.

Sinn und Zweck dieses kommunalpolitischen Ratschlags ist der Erfahrungsaustausch, die Beratung und Zusammenarbeit, um uns gemeinsam auf die Arbeit zu den Kommunalwahlen 2009 einzustimmen. Wir erhoffen uns und möchten mit euch diskutieren, dass und wie wir bei der Vorbereitung der Kommunalwahlen 2009 auch in der bundesweiten Vernetzung der alternativen Kommunalpolitik weiter voran kommen.

Viele von euch haben gut vier Jahre Erfahrung in der alternativen Kommunalpolitik, in der Ratsarbeit und beim Aufbau eines Bündnisses. Dieses soll hier ausgewertet und zum Tragen kommen, damit wir alle daraus lernen können.

## **2. Unser Ratschlag findet in einer spannenden Zeit statt**

Die Zeit ist reif, sich intensiver und aktiver in den (kommunal)politischen Alltag einzumischen. Täglich hören und lesen wir in den Medien über die Finanzskandale und Bankeninsolvenzen. Sehr brisant die in den Vereinigten Staaten von Amerika. Mittlerweile ist die Finanzkrise längst auch in der Bundesrepublik Deutschland angekommen. Ungeheure Summen Steuergelder sollen das marode kapitalistische Banken- und Finanzsystem der Zocker- und Spekulationsmentalität retten.

Glaukt man den sogenannten Finanzexperten, so werden die weltweiten Finanzkrisen nicht schadlos an uns vorübergehen. Die verzweifelte Suche nach Rettungsmöglichkeiten seitens der Politik, wird letztendlich wieder auf den Schultern und mit dem Geld der Steuerzahler vollzogen. Das wird sich auch auf die Lage in den Kommunen auswirken! In England fürchten über 20 Kommunen um ihre Einlagen bei isländischen Banken, die ihre Konten eingefroren haben. Deutsche Kommunen und Städte haben auch schon Alarm geschlagen, weil die mit den sogenannten Cross-Border-Leasing-Geschäfte betrauten Banken und Versicherungen ins Wanken kommen. Finanzsenator Sarazin aus Berlin bezifferte die theoretischen Risiken in Berlin auf etwa 128 Millionen Euro.

Welche Veränderungen sich in der schon wachsenden Armut, Umweltzerstörung, auf den Arbeitsmarkt, dem Kommunaleneigentum, Kinder Jugend und Familie, den Sozialsystemen und in den Lebensqualitäten der Menschen niederschlägt, ist insofern vorhersehbar, in dem die Zeche wieder die Arbeiter, die kleinen Angestellten, Kleinunternehmer und kleinen Mittelständler bezahlen. Die eigentlichen Verursacher, die Konzerne und ihre Manager, Wirtschaftsberater, Aufsichtsratsvorsitzende und die Politik bleiben wie immer verschont.

Wir spüren, mit welcher Ignoranz das Kapital, unterstützt von unseren Politikern, mit den Menschen umgeht. Auch am Verhalten der etablierten Kommunalpolitiker erkennt man, mit welcher Selbstverständlichkeit und Überheblichkeit die meisten all diese gefährlich verlaufenden Entwicklungen herunterspielen, wollen sie ihre Mitschuld Vertuschen oder gar im Bezug auf die Wahlen 2009 Vertrauen wecken wollen. Denn wenn es um den Erhalt von Jugendzentren,

um soziale Leistungen, Bäder, Büchereien usw. geht, heißt es immer „Kein Geld da...“, während Milliarden für die „Rettung“ der Banken locker gemacht werden.

Auch die Massenarbeitslosigkeit ist ein großes Problem in den Kommunen, Sinn-Leffers, Karstadt, Bergbau, usw. kein Tag vergeht ohne Ankündigung vom Stellenabbau. Durch die Privatisierung öffentlicher Bereiche (Telekom, Krankenhäuser, Energie und Wasserwirtschaft, Post) wurden in den letzten Jahren mehr als 600.000 Arbeitsplätze vernichtet.

Gezielt und in voller Absicht werden große Anteile der Menschen als Werkzeug zur Gewinnsteigerung des Kapitals missbraucht, ausgenutzt und ausgebeutet. Hier denken wir in besonderem Maße an die vielen Menschen, die in Leiharbeit gedrängt wurden, Menschen, die von ihren dort erarbeiteten Lohn kaum leben können, denen Weihnachts- und Urlaubsgeld versagt bleiben, mit einer Mehrstundenwoche belastet werden. Denken wir an die Ein-Euro-Jobber, an die Billiglohnarbeiterinnen und und und. Es ist ein wichtiger Punkt, den Erhalt und Schaffung neuer Arbeitsplätze zum Thema in der Kommunalpolitik zu machen, was viele von euch angepackt haben.

Durch Hartz IV wurden die Finanzen der Kommunen um ein vielfaches belastet, Die Massenarmut ist dadurch um rasant gestiegen, insbesondere die Kinderarmut. In den öffentlichen Einrichtungen ( Schwimmbäder, Jugendeinrichtungen, Sporteinrichtungen) erfolgte ein überdimensionaler Kahlschlag.

Die Kommunale Selbstverwaltung wird immer mehr zu einer Farce, trotz Erhöhung der Einnahmen von Gewerbesteuern in Kommunen hat sich die Lage für die Menschen nicht verändert. Die Verantwortlichen in den Kommunen handeln nicht in ihrem, sondern im Interesse der internationalen Konzerne. Das wird sich verstärken mit der Verschlechterung der kommunalen Einnahmen, die mit der Finanzkrise absehbar ist.

Zurückschauend auf die SPD/Grüne Schröder-Fischer Regierung, CDU Merkel Regierung hat sich nichts verändert, insbesondere in der Beständigkeit der sogenannten Hartz IV Reform. Viel schlimmer noch - all die Verursacher der Hartz IV Reform: Steinmeier, Müntefering sitzen wieder im Boot. Fragt man sich: Hat das System, muß man sich auf weitere Nickellichkeiten einstellen.

### **3. Es ist nötig, durchgreifende politische Veränderungen anzustreben und durchzusetzen.**

Wir brauchen eine überregionale Vernetzung, die sich auch gegen die Bundes- und Länderpolitik richtet, die sich gegen die Massenarbeitslosigkeit in den Konzerne durchsetzt.

Seit dem letzten kommunalpolitischen Ratschlag hat sich die Situation auch bezogen auf die Regierungspolitik wieder verändert. Damals war es so, dass viele Menschen erst einmal eine gewisse Abwartehaltung entwickelt hatten zur großen Koalition, erst mal abwarten wollten, was die neue Regierung bringt. Die Regierung hatte auch gewissen Zugeständnisse teilweise gemacht, um die Lage wieder zu stabilisieren. Das hatte sich auch auf unsere kommunalpolitische Arbeit ausgewirkt, u.a. mussten wir uns mehr mit Hoffnungen auf die Regierung und in die etablierten Parteien auseinandersetzen. Heute ist der Linkstrend unübersehbar. Die massiven Verluste bei den Landtagswahlen in Bayern für die CSU, aber auch die SPD zeigen die weitere Abkehr von der Regierungskoalition. Oder auch in Brandenburg, wo aber u.a. die SPD Stimmenzuwachs hatte.

Das wirkt in den Kommunalwahlkampf 2009, und wir haben hervorragende Möglichkeiten, weil die Menschen nach Alternativen suchen. Laßt uns diese Möglichkeiten gut nutzen. Das fällt uns aber nicht in den Schoß.

### **4. Wir müssen unsere Grundsätze als überparteiliche Bündnisse als Fundament für die weitere Arbeit zugrunde legen**

Wir müssen auch mehr perspektivische Impulse setzen, wie ein Leben für die Menschen in den Kommunen auszusehen hat, damit das Leben für die Menschen wieder lebenswert wird. Die Menschen müssen unsere Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit erfahren im Gedanken „um uns selbst müssen wir uns selber kümmern“ .

Wir müssen den Kampf gegen die traditionelle Stellvertreterpolitik der etablierten Parteien führen, und den Menschen helfen, die Wirkung des etablierten Parlamentarismus zu durchbrechen. Gerade wenn sie für ihre Interessen selbst kämpfen, und sich dauerhaft organisieren, können sie das.

Dazu stehen die überparteilichen Personenwahlbündnissen zur Verfügung.

Wie das gelingt, wie unsere Kleinarbeit dazu aussieht, wo es positive Erfahrungen gibt, was wir aber auch als Hindernisse sehen, dass sollten wir hier diskutieren.

Dazu wollen wir auf diesem Ratschlag aktuelle Schwerpunkte aus kommunalpolitischen Bereichen in AGs erörtern und erarbeiten. Um in kommunalpolitischen Kernfragen argumentativ besser agieren zu können.

## **5. Es gibt Fortschritte und neue Ansätze bei der Vernetzung und Zusammenarbeit**

Z.B. im Umweltbereich, Bergbau, in der Montagsdemonstrationsbewegung regional und bundesweit, sind wir weiter gekommen.

Am meisten haben wir umweltpolitisch zusammen gearbeitet und konnten in dieser Zusammenarbeit auch mit der Umweltbewegung wichtige Erfolge erreichen. Ich erinnere daran, dass gemeinsam verhindert wurde, dass das giftige HCB aus Australien in den MVAs in Deutschland verbrannt wird.

Wir halten aber für wichtig, das weiter zu entwickeln. Auch müssen nachhaltig und intensiver Bereiche wie Kinder, Jugend und Familienpolitik, die Privatisierung öffentlicher Ressourcen in unserer Zusammenarbeit eingebunden werden. Aber auch der gemeinsame Kampf und Erfahrungsaustausch über die demokratischen Rechte, oder auch wenn mit Antikommunismus und Hetze versucht wird, die Bündnisse ins schlechte Licht zu rücken. Eine Vernetzung zeigt, dass wir eine Kraft darstellen. Sie zielt ja auch darauf ab, über die Kommunen hinaus einen Zusammenschluss zu erreichen und Ziele durchzusetzen.

Aber es ist noch nicht ausreichend gelungen, systematisch die Koordinierung voran zu bringen. Das sieht man im besonderen an der Homepage, die ein Schattendasein führt. Wir sollten hier auch darüber diskutieren, woran das liegt, dass wir hier nur teilweise weiter gekommen sind. Vor allem aber geht es darum, dass wir ganz konkret beraten und festlegen, wie wir dies ändern. Das soll in unserer Arbeit zu den Kommunalwahlen anders werden.

Wir stellen uns das bis zu den Kommunalwahlen so vor:

1. Vorteilhaft in der Koordinierungsarbeit wäre, wenn aus jedem Bündnis ein Vertreter den Sitz in der Koordinierungsgruppe wahrnehmen würde.

Bisher wurde die Treffen von Essen steht AUF, Eisenacher Aufbruch, AUF Gelsenkirchen, AUF Herten, AUF Witten besucht. Wie beurteilt ihr diese konkrete Vernetzung aus eurer Arbeit heraus?

2. Wir sollten die Homepage ab sofort mit Leben füllen, damit sie für alle nutzbar ist. Wie kann das von Fachleuten auch aus euren Reihen unterstützt werden?

3. Wir sollten wo es möglich ist Positionen erarbeiten, die für alle Bündnisse, also übergreifend zutreffen: z.B. gegen die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Kommunen, Kommunalpolitiker für Umweltschutz – oder auch warum sich einmischen gegen Hartz IV und zu den demokratischen erweiterten Rechten. Dafür sollen unsere AGs heute beitragen. Sind das die ent-

scheidenden Punkte für das Profil unserer Arbeit auch bei der Kommunalwahl? Wo muss noch weiter ausgetauscht und zusammengearbeitet werden?

4. Für die gegenseitige Stärkung und Unterstützung bei der Kommunalwahl gibt es viel zu tun: Hilfe bei der Ausbildung für Kandidaten – Redehilfen - wie macht man Zeitungen und verbindet sie mit der Kleinarbeit im Stadtteil - wie macht man Plakate usw. Wie kann das organisiert werden?

5. Wie entwickeln wir unsere Vernetzung so weiter, dass sie als unsere Stärke die Menschen anzieht, mitzumachen in den Bündnissen vor Ort und die Wahlen zu unterstützen? Wir brauchen Kandidaten aus dem Volk, brauchen Mitglieder, Wahlhelfer und Aktive, denen ein Erfolg bei der Kommunalwahl am Herzen liegt – wie gewinnen wir solche Menschen?

6. Wir brauchen den Erfahrungsaustausch über erfolgreiche Methoden des Wahlkampfes. Die Bündelung alternativer Kommunalpolitik und Zusammenarbeit ihrer Träger muss dabei ausgespielt werden. Ist eine gemeinsame Zeitung dafür richtig, oder eine andere Publikation, die in der Arbeit vor Ort dafür eingesetzt werden kann?

**Liebe Mitstreiter,**

seht ihr das auch so, habt ihr weitere oder andere Schwerpunkte und Gewichte zu setzen? Wir freuen uns auf eine spannende Diskussion - herzlichen Dank.